

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1204.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Sanktionen: Dr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frangobrief monatlich 6,00 M., durch die Post halbjährlich 30,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 5,00 M., Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10. Tel. 25201. Reichsdruckerei von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise Kompositorenarbeiten 2,00 M., Kompositionen 1,50 M., die Spaltenpreise Adressen 4,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabenerhöhung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an besagten Tagen. Für Überlieferung 40 Pf.

Nr. 158

Dresden, Sonnabend den 9. Juli 1921

32. Jahrg.

## Aussprechen, was ist!

Die letzten freisprechenden Urteile in den Leipziger Kriegsverbrecherprozessen haben in der Entente eine Sturm der Entrüstung hervorgerufen, der auf deutscher Seite nicht übersehen werden darf. Der Situation gegenüber, in der wir uns gegenwärtig befinden, ist es völlig zwecklos, die Augen zu schließen und eine Vogel-Strauß-Politik zu treiben, die sich letzten Endes in einer unabweisbaren Gefahr für die deutsche Republik zu entwickeln droht. Die Abberufung der französischen Mission aus Leipzig, das Vorfahren in Belgien und Frankreich — mit Ausnahme einer vereinzelter kommunistischer belgischer Stimme — die Ankündigung eines bevorstehenden diplomatischen Schrittes in Berlin, endlich die Warnung Verdes, das Kabinett Wirth in seiner demokratischen Politik zu stützen und es nicht auszuweichen zu erschüttern — das alles deutet auf Sturm; es sind Symptome, die keinen Augenblick länger übersehen werden dürfen.

Die die Dinge für Deutschland liegen, ist oft genug gesagt worden, und es genügt der Hinweis, daß das von der Entente erzwungene Verfahren in Leipzig die elementarsten Grundprinzipien der internationalen Rechtsauffassung widerspricht. Es ist auch oft genug gesagt worden, daß eine Reinigung der gesamten europäischen Atmosphäre nur dann zu erwarten ist, wenn in allen Ländern die Schulden der Vergangenheit zur Rechenschaft gezogen werden. Der Hinweis des belgischen Organs der Kommunisten Verpillot auf die tausende geschlorter Häuser in Ostpreußen, auf die barbarische Misshandlung schuldloser Frauen und Kinder im Rußland, auf die Zusammenziehung griechischer Staatsangehöriger, die sich dem Willen des hellenischen Diktators Venizelos nicht fügen wollten, ist nur zu berechtigt und sollte der Gegenwart zu denken geben.

Auf der anderen Seite darf die schwere Schuld des deutschen Militarismus nicht außer acht gelassen werden. Ein franko-entente-Verbrecher Ehrgeiz und eine jeder geübten Auffassung höhnisch-reisende Anmaßung von Standeshochmut haben es dahin gebracht, daß die oberste Oberleitung in ständiger Nachlässigkeit während des Krieges nichts tat, um gegen die ihr nur zu bekannten Schreckenstaten deutscher Kriegsverbrecher einzuschreiten. Hätte die oberste Kommandoleitung rechtzeitig eingegriffen und ohne Ansehen der Person Strafen über jeden verhängt, der durch Mißhandlung oder Tötung mehrerer Gefangenen den deutschen Namen durch Verbrechen und um den Schandtitel „Hunnen“ einbrachte, so wäre uns mancher peinliche Augenblick in Leipzig erspart geblieben, wenn gleich nicht anzunehmen ist, daß die Entente auf die Befriedigung ihrer Rache verzichtet hätte.

Schädigt man die deutsche Sache, wenn man offen ausspricht, daß die in Leipzig gefällten Urteile in ihrer großen Mehrheit auch dem deutschen Rechtsverständnis zuwiderlaufen? Gewiß nicht, wenn man nicht aus hier den Eindruck, daß eine Identifizierung mit allem, was in Leipzig geschieht, eine ernste Schädigung für die Sache der Republik bedeuten würde? Sprechen nicht die jüdelnden Zustimmungskommentare der reaktionären Presse zu den Freisprechurteilen eine allzu beredete Sprache, zeigen sie nicht allzu deutlich, daß von dieser Seite politische Tendenzurteile erwartet werden, die mit Recht und Gerechtigkeit nichts mehr zu tun haben? Der Vorsitzende des Reichsgerichts betonte zu wiederholten Malen, daß die Politik im Gerichtslokal auszuhalten sei und daß lediglich das Gesetz zu sprechen habe. Was dann nicht mit um so größerer Nachdruck gefordert werden, auch nur den Schein einer Rechtsprechung zu vermeiden? Haben die deutschen Richter, die aus dem Kreis der mitteldeutschen Kommunisten aufstiegen, die von den Deutschen Justizbehörden gegen Arbeiter verhängten, auch immer die Beweisaufnahme mit der Schärfe geführt, mit der sie in Leipzig gehandhabt wurde? Haben sie den Beweis der Beteiligung an verbrecherischen Handlungen auch dann als nicht geführt angesehen, wenn sich — wie in einzelnen Fällen in Leipzig — die Unschuldsbeweise einiger Zeugen herausstellte? Das ist die Seite der Angelegenheit, die die deutsche Arbeiterkammer in erster Linie interessiert, und über die offen gesprochen werden muß, wenn wir nicht eines Tages uns Ereignissen gegenüber sehen, die dann als unerwartete Katastrophe auf uns niederfallen müssen.

Rechtlich hat übrigens die Rückberufung der französischen Vertreter aus Leipzig die Wirkung, daß die Leipziger Verhandlungen eingestellt werden müssen. Weitere Gerichtsverhandlungen würden ohne die abberufenen Franzosen keine Rechtswirkung erlangen können.

## Auf Briand's Befehl

Paris, 8. Juli. Amlich wird berichtet, daß infolge des Druckes des Leipziger Gerichts die französischen Missionen abberufen werden. Die Verhandlung war, den Taktiken des Verzeihens demgegenüber.

Die belgische Regierung hat der französischen auf Anfrage wegen der Urteile im Leipziger Kriegsverbrecherprozess geantwortet, daß sie sich mit dem französischen Vordruck einverstanden erklärt. Die Missionen werden aus Leipzig abberufen. In der nächsten Sitzung des Obersten Rates soll über die Haltung der Missionen zu den Urteilen in den Leipziger Prozessen Bericht gegeben werden.

## Reichskanzler Wirth an die Oberschlesier

Anlässlich der Kundgebungen für Oberschlesien trat der Reichskanzler Dr. Wirth mit dem preussischen Minister des Innern, Dr. Dominicus, am Freitag früh in Breslau ein. Am Vormittag empfing der Reichskanzler im Oberpräsidenten von Oberschlesien in Sonderaudienzen die Vertreter Niederschlesiens und die Pressevertreter, ferner die ober-schlesischen Parteiführer. Die Beratungen, die streng vertraulichen Charakter trugen, betrafen die schwebenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen. Daneben nahm der Reichskanzler die Gelegenheit wahr, mit zahlreichen Einzelabgeordneten, insbesondere Vertretern der Flüchtlingsfürsorge, der Gewerkschaften, der Beamten- und Angestelltenorganisationen und andern Vertretungen die Wünsche und Klagen der Bevölkerung und insbesondere der vertriebenen Deutschen aus Oberschlesien zu besprechen.

In den Verhandlungen betonte der Reichskanzler den letzten Willen der Reichsregierung, zur Verringerung der Not der ober-schlesischen Bevölkerung mit allen verfügbaren Mitteln beizutragen. Es sei jetzt schwer, Politik zu machen. Die ober-schlesische Frage sei eine europäische. Die deutsche Regierung habe alles getan, um für Oberschlesien eine gerechte Beurteilung zu erkämpfen. Die einmal begonnene demokratische republikanische Politik müsse fortgesetzt werden. Die Einheit der staatlichen Macht, die Einheit der deutschen Wirtschaft gelte es aus dem Weltbrande zu retten. Das Recht bezüglich Oberschlesiens sei auf unserer Seite. Und Deutschland werde, so hoffe er, zu seinem Rechte kommen.

In der freien Aussprache gab der Führer der Deutschnationalen, Gohlar, die Erklärung ab, daß den Deutschnationalen jeder Gedanke an einen Partidivorkommen fern liege, daß alle Gerüchte über derartige Partide von rechts- oder links- oder von oben beschieden werden müßten, und daß jedenfalls von den Deutschnationalen ein solcher Gedanke auf das Schärfste verurteilt werde. Der Reichskanzler erwiderte, diese freimütige Erklärung von führender Stelle der Deutschnationalen werde sehr beruhigend wirken.

Bei den Besprechungen kam der einmütige Wille zum Ausdruck, alle trennenden Meinungsverschiedenheiten zurückzulassen hinter den einen Gedanken der Rettung Oberschlesiens.

## Die Kundgebung in der Jahrhunderthalle

Breslau, 9. Juli. Bei der am Freitag abend 6 Uhr stattgefundenen Kundgebung für Oberschlesien in der Jahrhunderthalle zu Breslau, die durch eine Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Wagner eröffnet wurde, hielt der Reichskanzler Dr. Wirth vor etwa 10.000 Menschen eine längere Ansprache, in der er u. a. folgendes sagte:

Im ganzen Reich hören wir die Frage, im ganzen Reich von Osten bis an die Rheingebiete: Was wird aus Oberschlesien? Namens der Reichsregierung will ich freundliche Worte der Aufmunterung, des Trostes, aber auch ein entschiedenes Wort der Entschlossenheit und des einseitigen Willens Deutschlands an Sie richten. Wenn wir von einem einheitlichen Willen Deutschlands sprechen, so müssen wir uns abklemmen lassen, daß das neue Deutschland nicht die Kraft hinter sich hat, wie einst das alte Deutschland. Die größte Staatsnotlage ist über uns hergebrochen und es ist nötig, heute Schritt zu tun. Ein neues Gebäude soll gebaut werden.

Es war für mich heute morgen ein herrlicher Augenblick, vor dem Vertreter und Führern aller Parteien von zwei Dutzend der Reichsparteien zu hören, daß jeder Gedanke des Hasses und des Selbsthasses auf das Schärfste verurteilt wird. Jeder in unserem Volk muß gemäß sein, den demokratischen Volkswillen stützen zu helfen. Diese Worte haben viel zur Beruhigung beigetragen. Wir haben keine Waffen mehr in den Händen als die Waffen des Gedankens, des Rechts und der Freiheit. Wir haben ein Ultimatum, das uns drückt und wir sind willens, unsere Verpflichtungen zu halten. Ranche Hände sind bereits wieder gehoben. Zwei große Bündnisse werden sich schließen. Schauen wir an den Rhein. Die größte unüberwindliche Arbeit sind die letzten.

## Sanktionen.

Die Errichtung der Zollzölle hat sich als unumgänglich. Die Nation trägt hier Deutschland, denn dem Schicksal kann das Volk im Westen nur zusehen. Wir sollen zahlen und werden in der Zukunft und Volkswirtschaft gefordert, wie es in der Welt bisher noch nicht vorgekommen ist.

## Die schmerzlichste Wunde ist Oberschlesien.

Wir haben es noch nicht verloren. Wir lassen die Hoffnung auf seine Erholung noch nicht sinken. Wir erheben Anspruch darauf im Namen des Rechts, der Arbeit und des Selbstbestimmungsrechtes seiner Bevölkerung, und unser Anspruch gründet sich auf die 100jährige Geschichte. Die Allierten haben es in Oberschlesien an dem verwerflichen Schicksal sehen lassen. Aus der Sprache des Rechts sollte hervorgehen. Teilungsgedanken tragen die braunen italienischen Katholiken Regierung. Ihre Worte wurden von der dunkelblauen deutschen Bevölkerung mit Stimmungen

belebt. Ihre Forderungen wollen wir nicht im Geiste scheitern. Ganz besonders dankt gebührt dem Reichskanzler, der in selbstloser Aufopferung, Tapferkeit und Liebe zum deutschen Volk alles daransetzt hat, den ober-schlesischen Brüdern zu helfen.

Der einzige Tag, an dem noch der Aufruhr habe und darauf in Deutschland mancher Mann sich fröhlich habe, habe ich in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter in Berlin auf die große Gefahr hingewiesen und ich habe angenommen, daß die Haltung Frankreichs bei einem Angriff des Reichswehrs nicht mitzuverstehen sein werde. (Witzweise) Keine Frau sei meine Dame und Herrin. Mit Witzworten lösen Sie die Probleme der Politik nicht. Die großen Fragen europäischer Politik werden nicht gelöst, indem Sie sagen: Ich in Berlin mit eurem Willen. Wir müssen die großen Fragen unserer Politik im Auge behalten. Die Zeit war allerdings in der Vergangenheit, wo wir eine Macht hatten, unbekannt im Reiche der Politik. Jetzt ist es der Gehalt des Willens zur Gerechtigkeit, zur Arbeit, des Willens zum neuen Gedanken der

## demokratischen Bestimmung Europas.

der unterm Volk nach die Freiheit retten kann. Ich weiß nicht, wie man sich beim Zustandekommen des Friedensvertrages von Versailles in den alliierten Kreisen den Gedanken des Rechts vergewissert hat. Ist das nur leerer Schein gewesen, daß in Oberschlesien abgetrieben werden sollte? Hat man nicht gerade politische Bündnisse willig ein Obz gegeben, als man gerade diesen Schritt zur Abtunung beabsichtigte hat?

Nein, meine Damen und Herren, solange in Schlesien im kommenden Jahrhundert nach der Gebirge der Arbeit einen Platz hat, und er wird ihn immer haben, werden der Alliierten nicht das Ergebnis der Abstimmung, das übertragend für Deutschland aussteht, aus der Welt schaffen können. (Witzweise) Niemals wird irgendein Volk der Welt über dieses Wohlstand zur Tagesordnung übergehen können. Das ist der Ausdruck des demokratischen Willens gewesen und was daran steht, was dieses Selbstbestimmungsrecht Oberschlesiens verleiht, der ist die neue Seele eines neuen großen europäischen Verbandes, der seit der Zeit des Weltkrieges in eine wieder auflebende europäische Kultur und Zivilisation.

Wacht die Finger davon, rufen wir heute den alliierten Verbündeten zu. Lacht die Finger von dem ober-schlesischen Volk und von seiner Freiheit! Sogar für Ruhe und Ordnung, das ist die Pflicht der alliierten Mächte und Anteralliierten Kommission in Oberschlesien. Sie haben die große, die heilige Pflicht, mit der ganzen Welt übernommen, darüber dieses deutsche Land zu sein. Kann man in den europäischen Geschichtsbüchern eintragen, daß die Interalliierte Kommission über die Politik des Schicksals und der Zukunft des deutschen Reichesgebirges erfüllt hat?

## Der Gedanke der Selbstbestimmung

kann nicht aus der Welt geschafft werden. Das ober-schlesische Volk hat gesprochen. Dieser Ruf muß beachtet werden. Teilen wir wollen wir heute, indem wir dem ober-schlesischen Volk unsere Hände reichen, erreichen zum großen Obz der deutschen Volksgemeinschaft, die unter den schwersten Schicksalschlägen nicht gebeugt, aber nicht vergewissert ist.

Wir wollen mit der preussischen Staatsregierung befragen, die Wunde nicht zu heilen; wir wollen dankbar anerkennen, was in Oberschlesien Obz geschehen ist an Geldern, an Ausdauer, an Getreue, an Vertrauen, an Vertrauen zu unsem lieben deutschen Vaterlande. Was ist denn das größte in all diesen unüberwindlichen Leid, das über uns gekommen ist? Schauen Sie nach dem Rhein, schauen Sie nach Ostpreußen und jetzt nach Oberschlesien. Der Jammer des Flüchtlings, die Transferte werden am Rhein, alle in uns schließlich doch überdient und überwunden durch die große Mächtigkeit.

## Liebe unfres deutschen Volkes zur nationalen Einheit.

Die Liebe, die wir nicht in den Stürmen der Umwälzung verloren glaubten, diese Liebe zum Volk, diese Liebe zur Freiheit ist mächtig wieder aufgewacht. Diese Liebe und Energie ist auch alles überwunden, sie wird groß und mächtig sein und uns eine wieder der Freiheit, einem neuen Obz und neuer Wohlstand entgegenführen.

Schlesisches Volk glückselig, nicht vergewissert, rings zusammenhalten, die Stimme erheben lassen über dem Orden und an allen Stellen hin: Gerechtigkeit und für das besiegte Volk! In Eintracht wollen wir dem Gedanken der europäischen Kultur und dem Gedanken der Menschheit dienen. Glückselig, die Oberschlesier! Vergewissert nicht, daß deutsche Vaterland hofft auf euch und nicht euch die Hand, die Hand der Tapferkeit und unverbrüchlichen Treue.

## Ein deutsches Konsulat in Petersburg

Vor kurzem war die russische an die deutsche Regierung mit dem Vorschlag um die Genehmigung zur Errichtung eines russischen Konsulats in Stettin herangekommen. Deutscherseits wurde, wie wir erfahren, darauf erwidert, daß dem grundsätzlichen nichts entgegenstehe, jedoch wünsche die deutsche Regierung auch ein deutsches Konsulat in Petersburg zu errichten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und dürften erst zu einer Übereinkunft führen nach der Konsulats des genannten Konsulatsführers, Ministerialdirektor Grafen Dr. Lindenfeld in Stettin.

(Deutsche Verhandlungen nach Wien A.)